

Saale-Beitung.

werden die Spaltenzeit oder beim Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftszeit, Gr. Mittelstraße 63, I. sowie bei untern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Nebenan die Zeile 75 Pfg. für Halle und umwärts 1 Mt.

Er scheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweigerstr. 17; Fernsprechamt: Markt 24.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Nr. 523.

Halle a. S., Dienstag, den 8. November.

1910.

Student und Politik.

Ingeheft der Stimmung, die sich eben in gewissen Regionen bemerkbar macht, unsere akademische Jugend von einer Beteiligung im parteipolitischen Leben fern zu halten, dürften die nachstehenden Ausführungen, die der „Königschen Ztg.“ aus einer „westdeutschen Universitätsstadt“ zugehen, besonderes Interesse finden.

Die deutsche Studentenschaft ist schon mehr als einmal der Träger gewaltiger und weittragender Ideen gewesen, die von ihr ausgegangen und hinausgegangen sind ins deutsche Volk und hier zu Ereignissen von staats- und weltgeschichtlicher Bedeutung geführt haben. Und in unsern Tagen, da mehr als je, und nicht der Schiefste der Nation, verzweifeln möchte an Deutschlands innerer Gesundheit, sind mancher Augen gerichtet auf unsere akademische Hochschulen, und bangend kommt es von den Lippen: Wie wird unsere Studentenschaft, der Stolz und die Hoffnung der Nation, sich zu den großen Fragen und Problemen stellen, die unser staatsbürgerliches, wirtschaftlich-kulturelles und geistig-ethisches Leben durchzittern? Werden sich die deutschen Studenten ihrer Aufgabe bewußt sein, berechnen sie die der Alma mater Valet gesagt und hinausgetreten sind ins schaffende Leben, Führer des Volkes zu werden, oder werden sie im kleinsten Geizt des Alltages und in verwerfender Demagogie ehrsüchtiger und tabulischer Politiker das politische Ideal unseres Volkes verkümmern?

Der Student hat die Aufgabe, sich vorzubereiten auf seinen Beruf als Fachgelehrter, nicht minder aber auch auf seinen Beruf als Staatsbürger. Dies ist eigentlich so selbstverständlich, daß man sich wundern muß, diese Forderung immer noch zu wenig anerkannt und — da man gegen ihre Wichtigkeit und Wichtigkeit kaum etwas Stillschweigendes geltend machen kann — vor allem viel zu wenig in die Praxis umgesetzt zu finden. Die Notwendigkeit staatsbürgerlicher Erziehung bringt sich ständig mehr Bahn, die Bürgerkunde hat sich bereits Eingang in unsere Schulen geschafft. Die Vereinigung für staatsbürgerliche Erziehung des deutschen Volkes hat unlängst ein Preisausreiben erlassen für eine lebendige, fesselnde und anregende Darstellung und Behandlung wichtiger Fragen des staatsbürgerlichen Lebens. Und der Student? Soll er sich fernhalten von staatsbürgerlicher Bildung und Schulung? Soll er mit überlegtem Nüchtern vorübergehen am Wirken des Tages und der Gegenwart, soll er Probleme Probleme sein lassen? Oder soll auch er sich der Vorbereitung zu seinem Beruf als Staatsbürger widmen, soll er Politik treiben?

Ja und doch nein! Politik und Politik ist nicht dasselbe. Es ist zunächst selbstverständlich, daß sich für den deutschen Studenten nur eine politische Arbeit in nationalem Sinne ziemt, eine Politik, die ihr Endziel in der wirtschaftlichen und kulturellen Wohlfahrt seines Volkes und Vaterlandes erblickt. Also deutsche, nationale Politik! Aber — und das haben wir bad' hinzu — zunächst keine aktive Partei politik! Der Student ist während seiner Studienzeit immer der Lernende, der Verdende, der Herantretende. Und der Lernende soll er auch in rebus politicis sein. Er soll während seiner akademischen Zeit sich erst einen politischen Standpunkt zu bilden wagen, nicht aber gleich seinen romanischen und französischen, russischen und sibirischen Kommilitonen sich hineinstürzen in den Strudel aktiven, parteipolitischen Tätigkeits. Allerdings ist er dann gegenüber denjenigen Leuten rüdfständig, die schon mit den Lehrlingsjahren derartig erfahren und allseitig gründlich durchgebildet und intensiv gekult sind, daß sie ihre parteipolitischen Spezialkenntnisse und ihre politische „Ueberzeugung“ in Straßenparaden zu betätigen als erforderlich betrachten, um auf diese Weise herrliche Kulturproben ihrer politischen Sittungsgründigkeit abzugeben.

Eigentlich müßte es als selbstverständlich angesehen werden, daß derjenige, dem durch die wichtige Waffe des allgemeinen Wahlrechts ein mitbestimmender Einfluß auf das Zustandekommen der gesetzgebenden Körperschaften und damit auf die Staatsleitung gegeben ist, sich in ehrlicher Arbeit dieses Rechts würdig zu zeigen bestrebt, und zwar dadurch zunächst, daß er politische Fragen und politische Programme ernst studiert, ehe er zu ihnen praktische Stellung nimmt. Ein allgemeines Wahlrecht ohne diese Voraussetzung ist streng genommen ein Nonens. Das mögen ja berufs- und gewerkschaftliche Demagogen nicht glauben wollen, eben deshalb, weil ihre Neklamphrasen nicht auf den lecher so günstigen Boden fallen könnten, wenn die Menge, deren Lebensverhältnisse und Instinkte sie mit untertänigstem Kotau schmeicheln, nur einigermaßen objektiv und kritisch zu denken imstande und gekult wäre. Das Ideal, daß der Staatsbürger, ehe er seine Wahlrechtsbefugnis praktisch ausübt, sich auch durch Selbstkritik eine gewisse Fähigkeit hierzu in einer etwas denkenden Arbeitsmüdigkeit bewahrt, ist allerdings erweislich, wird allerdings leiber wohl nie zu erreichen sein. Das darf aber den Hochschülern nicht hindern, leiterseits sich diese Fähigkeit zu erwerben, ein politisches Bewußtsein muß er bezachten, Proben und Tiraden und Verbeugung dürfen

den wissenschaftlich gebildeten Menschen nicht in ihre Fesseln schlagen. Gerade der Student, der dereinst zum Führer des Volkes berufen ist und den andern, denen es nicht vergönnt gewesen, aus dem überreichen Vorne der Alma mater zu schöpfen und sich zu einer innerlich gereiften und harmonisch abgeklärten Persönlichkeit zu entwickeln, Pfad und Richtung weisen soll, muß es gegenüber der Diktatur der gedanklosen Nachbeterei irgendwelcher demagogischer Schlagwörter als eine, ihm durch die gegenwärtige Entwicklung, in der die Führerrolle der akademischen Schichten immer geringer wird, auferlegte Hauptaufgabe betrachten, sich für das öffentliche und politische Leben ernst und gründlich vorzubereiten. Als der spätere Landwirtschaftsminister Friedenthal im konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes sich für das allgemeine Wahlrecht aussprach, fügte er seiner Zustimmung die nur zu sehr berechtigten Worte hinzu:

„Wir alle, die wir diesen Paragrafen annehmen, übernehmen dadurch auch die Verpflichtung, diejenigen Klassen zu führen, in die durch das allgemeine Wahlrecht die Entscheidung über eine bestimmte politische Tätigkeit gelegt wird. Es ist eine harte und schwere Arbeit, wir würden uns darüber nicht täuschen, und nur, wenn wir den festen Entschluß fassen, diese Arbeit durchzuführen und täglich durchzuführen, nur dann sind wir imstande, vor uns die Umwälzung des allgemeinen Wahlrechts zu verantworten.“

Zwingt nicht ferner der Umstand, daß heutzutage ein großer Teil, ungefahr ein Viertel unserer akademischen Jugend das aktive Wahlrecht besitzt, diese und auch die andern dazu, sich in dem großen Widerstreit der Meinungen ein klares Bild zu schaffen und einen orientierenden Standpunkt zu gewinnen aus ehrlicher Ueberzeugung? Und weiter, dereinst aus ehrlicher Ueberzeugung für das ererbte politische Ideal einzutreten?

Wie soll nun der Student sich vorbereiten für seinen staatsbürgerlichen, politischen Beruf? Der Berliner Professor Dr. v. Listz sagte einmal:

„Ein guter Staatsbürger kann der nicht sein, der das staatsliche und gesellschaftliche Leben seines Volkes nicht kennt. Und gute Staatsbürger wollen wir alle werden und sein. Die Jahre, die der Student an der Hochschule verbringt, sind für das Studium der Politik die geeigneten. Da ist der Geist frisch und aufnahmefähig; da raucht die Berufsarbeit noch nicht die ganze Zeit und die ganze Kraft; da steht die ganze Fülle der Erkenntnisquellen offen. Nicht nur Vorlesungen und Bücher, sondern vor allem das Leben selbst mit seinen großen und kleinen Strömungen; die Zeitungen, die politischen Versammlungen, die Beratungen der Parlamente. Augen und Ohren auf! Laßt das politische Leben auf euch wirken! Studiert es in allen seinen Ausprägungen! Kennt die Kräfte kennen, die es bestimmen und bewegen! ... Studiert die politischen Parteien, ihre Programme, ihre Presse, ihr Verhalten — aber bindet euch an keine von ihnen, ehe die Studienzeit zu Ende ist. Laßt die Frucht reif werden, ehe ihr sie pflückt!“

Neben dieser Tätigkeit muß ein Befannntwerden mit den staatsbürgerlichen, verfassungsrechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Zeit, ein Studium der Geschichte und der Grundbedingungen der Machtstellung unseres Vaterlandes einhergehen. Politische Schulung, staatsbürgerliche Bildung tut bitter not! Möge der deutsche Mufensohn nicht vergessen, daß er nicht im großen, gedankenlosen Troß zu wandern bestimmt, sondern zum Führer des Volkes berufen ist.

Die Kaffernrevolte in Deutsch-Südwest-Afrika.

Auf der kleinen Station Wißmannsland an der Bahnstrecke Karibib-Windhof kam es, wie wir seinerzeit berichteten, am 4. Oktober zu einem Aufeinandergehen zwischen renitenten Kapkaffern, aus der Kapkolonie vertriebener Transvaalkaffern der Firma Drenthien u. Koppel und einer zur Aufrechterhaltung der Ordnung herbeigerufenen Abteilung der Schutztruppe. Das Ergebnis der amüsanen Unternehmung dieses Kampfes, dem mehrere Schwarze zum Opfer fielen, ist bisher nicht bekannt geworden; doch enthält die heute hier eingetroffene Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung eine Darstellung des Vorganges, die wir unerschwert wiedergeben wollen:

Die farbigen Arbeiter, die in Diensten der Eisenbahnbaufirma Drenthien u. Koppel stehen, sind sogenannte Transvaalkaffern aus der Kapkolonie, nicht etwa Kap-Bos, d. h. Mischlinge verschiedener Schattierungen aus dem Kaplande. Die Kaffern sind große, kräftige Arbeiter, aber etwas anpruchslos und darum schwerig zu behandelnde Menschen. Sie haben, wie uns gesagt wird, in längerem Kontakt mit Monatslohn. Das Gehalt für die ersten drei Monate sollen sie als Vorbehalt erhalten haben. Als dann die laufenden Gehaltszahlungen herangekommen waren, sollen Abzüge für Entlohnungen und Sonntage den ersten Anlaß zu Unzufriedenheiten und kleineren Ausfällen gegeben haben. Als für Streiktag erklärliche Abzüge fingenstraten, wuchs die Unzufriedenheit unter der schwarzen Arbeiterklasse immer mehr an. Um den sich mehrenden Streits ganzem Kolonnen zu begegnen, ging schließlich die Besetzung zu dem scharfen Mittel der Kof-

entziehung und, was schließlich noch empfindlicher ist, der Entziehung des Wassers. Nun ist es ja allerdings eine eigene Sache, daß die Baufirma zur Verborgung Lustbänder sich nicht die unerheblichen Kosten der Wasserguhr in eigenen Wasserwerken machen soll; eine große Härte für die Betroffenen, um keinen schlimmeren Ausdruck zu gebrauchen, ist es aber doch. Die Abnahme der Bauleistung hat dann auch zu einer großen Gefährdung der ganzen Gegend, namentlich für anwohner Farmerherde, geführt. Wie wir der Nähe beim Wäldchen eines der Willkürstamm anwesigen Farmers noch vor wenigen Tagen hörten, die ausständigen Schwarzen, da Wasser in der Nähe der Bahn nicht vorhanden ist, in Trupps von über 500 und viele Kilometer weit auf die fernliegende gezogen, um Trinkwasser zu erlangen. Nach Aussage unseres Gewährsmannes haben die Schwarzen den Farmbesitzern gegenüber, die ihrem Verlangen natürlich bereitwillig nachgegeben sind, ein ruhiges Benehmen gezeigt. Daß sie gleichwohl eine schwere Gefahr für die geringe Bauernschaft der Farmen bedeuten, wird wohl niemand bestreiten wollen.

Am 4. Oktober kam es abermals zu Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und den weißen Bauernherden, die angeblich in Tätigkeit auszuweisen. Auch soll ein Polizist, als er zur Verhaftung der Rädelsführer herbeigeführt wurde, tödlich angegriffen worden sein. Dies gab den Anlaß, die in der Nähe befindlichen 6. Kompanie unter Hauptmann Willede zum Schutze der bedrohten Bauern herbeizurufen. Die mit Karis, Säcken mit Kleinpatr, bewaffneten Kaffern sollen nun auf die Soldaten losgegangen sein, so daß diese nichts anderes übrig blieb, als von der Waffe, und zwar zunächst vom Bajonet, Gebrauch zu machen. Es soll dann auch geschossen worden sein. Hierbei gab es 14 Tote und eine größere Anzahl Schwerver- und Leichtverwundeter auf Seite der Schwarzen. Da der Führer der Kompanie, Herr Hauptmann Willede, als Besonnenner und ruhiger Offizier bekannt ist, ist ohne weiteres anzunehmen, daß die Truppe nicht ohne Not einen so folgenschweren Gebrauch von der Waffe gemacht hat.

Wir bewahren es, daß die berufene Stelle, von der wir alsbald telegraphisch eine authentische Darstellung des Vorganges erhalten, diese bisher, wohl aus dienstlichen Gründen, nicht geben konnte. Wir hoffen aber, daß die zukünftige Schicksal möglichst bald die Öffentlichkeit über den Vorfall und seine Ursachen unterrichten wird.

Diese am 8. Oktober ausgesprochene Hoffnung ist bis heute unerfüllt geblieben. Man wird gut tun, das bisher Verfallene mit möglicher Beschleunigung nachzuholen, zumal das in Kapstadt verfallene Parlament durch eine Interpretation des Abg. Schreiner bereits mit der Angelegenheit befaßt worden ist.

Deutsches Reich.

Nach dem Zarenbesuch.

(Von unserm #2-Mitarbeiter.)

Berlin, 7. Nov. Der Reichstagler Dr. von Bethmann Hollweg empfing am Sonntag nachmittag den Vertreter des russischen Ministeriums des Äußeren Gossanow und hatte eine Unterredung mit ihm. Abends 11½ Uhr reiste Gossanow nach St. Petersburg ab.

Ueber den Besuch des Zaren beim Kaiser erzählt der Berliner Korrespondent der „Königschen Zeitung“ noch, daß das vielfache Zusammensein der beiden Monarchen sich in der ungewogensten und freundschaftlichsten Weise gestaltet, so wie das den engen Familienbeziehungen der beiden Häuser und der stets freundschaftlichen Gesinnung der beiden Kaiser entspreche. Bei den Unterredungen, die der neu ernannte Leiter der auswärtigen Politik Kuslanow, Herr Gossanow, jeweils mit dem Reichstagsler von Bethmann Hollweg hatte, wurden in ausgiebiger Weisung alle diejenigen Punkte berührt, an denen Deutschlands Interessen beteiligt sind und die möglicherweise zu Meinungsunterschieden und zu Meinungs zwischen Rußland und Deutschland führen könnten.

Das sehr erfreuliche Ergebnis dieser lokalen Verhandlungen besteht darin, daß man dahin überein gekommen ist, künftig sofort bei auftretenden Schwierigkeiten eine offene Aussprache zwischen den beiden Regierungen eintreten zu lassen.

Die deutsch-englischen Beziehungen.

Was London wird gebracht? Der „Daily Chronicle“ veröffentlicht einen umfangreichen Sonderbericht eines Mitarbeiter, der während eines Besuchs in Berlin ausgeht. Gelegenheit gehabt hat, die deutsch-englischen Beziehungen mit hervorragenden Autoritäten der Politik, der Finanz und des Handels zu besprechen. Seine Eindrücke sind folgende: Die anglo-deutschen Beziehungen, obwohl diplomatisch freier, sind nicht herzlicher. Überall arbeiten die beiden Mächte in perfidien, zweifeln unerschütterlich Antagonismus. Ferner: In deutschen amtlichen und nichtamtlichen Kreisen herrscht der tiefstenhaftige Wunsch, die Beziehungen zu verbessern. Trittens: Die Einschränkung der Rüstungen ist nur möglich nach vorhergegangener politischer Verständigung. Im beiderseitigen steht der Korrespondent noch herod, daß in Deutschland in amtlichen Kreisen darüber gesagt wird, daß Deutschland bei jedem Schritt entweder auf offenen britischen Widerstand oder doch auf eine Unterdrückung briti-

Ausland.

Ein italienischer Protest gegen Dr. Fischers Komreise.

Das „B. L.“ löst sich aus Rom, 7. November, melden: Die „Notie“ veröffentlicht einen scharfen Artikel gegen die Komreise des Cardinals Dr. Fischer, deren Grund bekanntlich in einem Protest gegen die Festrede Ernesto Mathans besteht. Der Erzbischof von Köln als deutscher Untertan habe kein Recht, sich in interne italienische Angelegenheiten zu mischen, und eine solche sei die Festrede des Erzbischofs von Rom. Folglich sei die Komreise Fischers nicht nur eine große Taktlosigkeit, sondern eine wahre Beleidigung der römischen Einwohnerschaft und des ganzen italienischen Volkes. Es sei hohe Zeit, diesen fortwährenden Demonstrationen ausländischer Klerikaler einmal ein Ende zu machen.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 8. November.

Stadtvorordneten-Sitzung

Halle a. S., 7. Nov.

Am Vorstandstisch die Herren Geh. Kommerzienrat Stecker, Baumeister Gogas und Fabrikant Greller. Einmütig ist eine Petition des Gewerkschaftsartikels auf Einführung eines kommunalen Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage. Die Sache wird mit Punkt 1 erledigt. Eine wieder vorgelegte Eingabe des 4. kommunalen Bezirksvereins auf Einführung des 10-Pfg.-Tariffs bei der Straßenbahn wird nochmals auf 3 Wochen zurückgeschoben. Danach tritt man in die Tagesordnung ein. Punkt 1 betrifft die bekannte Eingabe des Gewerkschaftsartikels in Sachen der Einführung einer

Arbeitslosenversicherung.

Herr Stm. Greller berichtet über die Arbeiten des Ausschusses, der alle bisher bestehenden Systeme der Arbeitslosenversicherung eingehend geprüft hat. Der Grundgedanke ist, den Arbeitern, die arbeitslos werden, nach einer kurzen Karenzzeit (von etwa 8 Tagen) auf eine längere Dauer (etwa bis 60 Tagen) Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Im großen Publikum steht man in der Angelegenheit ziemlich skeptisch gegenüber, denn man hält sich dabei vor Augen, daß wir schon eine Krankenversicherung, Alters- und Invaliditätsversicherung und Unfallversicherung haben. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß alljährlich viele Tausende arbeitslos sind und daß die Allgemeinheit die Pflicht hat, mildere einzugreifen. Aber es gibt kaum eine Versicherung, die sozial Schwierigkeiten bietet und so kompliziert ist, wie die Arbeitslosenversicherung. Unterstützung kann nur gegeben werden, wenn der Betroffene ohne sein Verschulden arbeitslos wird. Bei Trunksucht, Streits usw. kommt sie nicht in Frage. Es muß also jeden einzelnen Falle nachgegangen werden. Weiter muß täglich kontrolliert werden, ob der, der Unterstützung erhält, nicht heimlich Arbeit annimmt und die Unterstützung weiterbezieht. Solche Kontrolle macht natürlich große Schwierigkeiten, um so mehr, je größer die Stadt ist. Berlin hat z. B. 70 000 Arbeitslose. Das Hauptziel der Versicherung ist natürlich noch ein anderes: dem Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. Da ist es auch wieder wichtiger, festzustellen, welche Arbeit ihm zugemutet werden kann, welche er annehmen muß oder ablehnen darf. Angewandten ist, daß die Gewerkschaften auf diesem Gebiet in allen Ländern außerordentlich geleistet haben. So wandten die freien Gewerkschaften im letzten Jahre allein in Deutschland 8 1/2 Millionen Mark auf. Der französische Staat hat 100 000 Francs für die Arbeitslosenversicherung bereitgestellt, aber nur die Städte haben darauf Anspruch erhoben mit einigen tausend Francs. In Belgien und in der Schweiz hat die Sache indessen erheblich mehr Aufwände gefunden. Drei Systeme kommen dabei in Betracht. Erstens das Center System, das sog. Zuschußsystem, zweitens das kommunale System, wobei die Arbeitslosenversicherung in städtischer Regie steht, drittens das gemischte System, wie es in Erlangen besteht. Das Center System, das vorteilhafteste, beruht darauf, daß Verbände, die ihre Mitglieder gegen Arbeitslosigkeit versichern, nach Zufuß aus städtischen Mitteln bekommen. In Belgien haben in dieser Weise 220 Verbände mit 400 000 Mitgliedern die Arbeitslosenversicherung. Eine Stadt kann unmöglich die nötige Kontrolle ausüben, das machen die Verbände; die Arbeiter, die in den Verbänden sind, haben alle ein Interesse daran, daß die Einrichtung nicht mißbraucht wird. In Deutschland hat Straßenbahn das Center System eingeführt und ist außerordentlich zufrieden damit. Aber dem Center System haftet der schwere Mangel an, daß nur Organisierte die Wohltat der Versicherung genießen, die Unorganisierten nicht. Und gerade die letzteren sind in der Mehrheit: 75 Prozent. Infolge dieses Mangels hat der Ausschuss das Center System als nicht geeignet zur Einführung für Halle gehalten. In Bern und Köln haben wir die Arbeitslosenversicherung in städtischer Regie; die Arbeiter zahlen da pro Woche 30 bis 60 Pfg. Beitrag, die Industriellen zahlen zu und auch die Stadt macht Aufwendungen aus dem Gemeindefonds. Ein großer Fehler dieser Versicherung ist jedoch, daß sie nur für einige Wintermonate, vom Dezember bis Februar, in Geltung ist, also im wesentlichen für die Bauarbeiter in Frage kommt. Die anderen bestimmen sich nicht darum. Die Sache hat außerdem eine Gefahr, daß die Kosten für die Stadt recht groß werden können. In Köln sind 1500 Arbeiter versichert, und das kostet der Stadt 20 000 Mark. Die Beteiligung kann natürlich nicht im mindesten bezweifelt werden; es müßten mindestens 15 000 Arbeiter angeschlossen sein, und dann würde man schon 200 000 Mark Kosten für die Stadt zu rechnen haben. Erlangen hat beide Systeme zusammen eingeführt; dort sind 130 Verleiher und 65 Pädagogische angeschlossene. Dieser beschriebene Rahmen kann selbstverständlich kein Muster geben. In St. Gallen hatte man die Sache

obligatorisch gemacht, aber schon nach 2 Jahren brach die Einrichtung zusammen, weil der große Teil der Arbeiter mit den Zahlungen im Rückstand blieb: 37 000 Mark Ausgaben standen nur 12 000 Mark Einnahmen gegenüber. Wenn man die ganzen Verhältnisse objektiv überblickt, so kann es kaum zweifelhaft bleiben: es handelt sich vorläufig überall nur um Experimente, die Versuche sind klein. Sollen wir mit experimentieren? Der Ausschuss meint: Nein. Er legt insoweit das Hauptgewicht auf die Anschaffung eines zentralisierten Arbeitsnachweises. Bern und Köln haben mit dem Arbeitsnachweis treffliche Erfolge erzielt; die Arbeitslosigkeit hat stark eingebüßt werden können. Darum hat der Ausschuss beschlossen, dem Magistrat die sämtlichen Eingaben und Unterlagen als Material zu überweisen und ihn zu ersuchen, mit den Interessenten in Verbindung zu treten zur

Gründung eines zentralisierten Arbeitsnachweises

als unentbehrliche Grundlage für eine evtl. Arbeitslosenversicherung.

Herr Stm. Emmer meint, in Halle würde sich das Center System einführen lassen, denn hier seien mehr als 50 Vorkamer Arbeiter organisiert. Die Petition müge man darum dem Magistrat zur Berücksichtigung überweisen. Mit der Gründung eines paritätischen Arbeitsnachweises würde Halle nicht etwa an der Spitze der großen Gemeinden marschieren; im Gegenteil, 35 deutsche Städte seien darin unserer Gemeinde schon vorausgegangen. Man dürfe sich im übrigen nicht verhehlen, daß alle Systeme der Arbeitslosenversicherung den Arbeitern nicht das gebracht haben, was sie erwartet haben. Die Reichsarbeitslosenversicherung wurde nicht erreicht, und sie muß kommen. Allerdings: wann? Das Reich hat ja für soziale Aufgaben kein Geld, nicht einmal bei so hochpatronischen Dingen wie die Rentenversicherung. Mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung würde unsere Stadt ihren Armentat entlasten. Darum wünsche ich die Eingabe dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Herr Stm. Herberger erklärt, die Arbeitslosenversicherung könne erst die Sozialdemokratie lösen; sie sei zu lösen durch Verwirklichung der Arbeiterfrage. Er empfehle dem Antrag Emmer die Berücksichtigung.

Herr Stm. Böge verteidigt den Antrag des Ausschusses. Redner beweist, daß in Halle mehr als 50 Vorkamer Arbeiter organisiert seien. Die Hauptfrage sei, daß mit der Gründung des zentralisierten Arbeitsnachweises kommen.

Herr Stm. Ahm e äußert sich in ähnlichem Sinne. Kein System der Arbeitslosenversicherung sei schon spruchreif.

Herr Stm. Biele unterstützt den Antrag Emmer.

Herr Stm. v. Blume führt aus, daß sich die Arbeitslosenversicherung nicht im engen Rahmen der Kommune werde lösen lassen; dazu sei die einzelne Gemeinde zu schwach. Nur größere Verbände, im letzten Grunde der Staat, könnten das mit Erfolg arbeiten. Redner betont vor allem die Wichtigkeit der Förderung des zentralisierten Arbeitsnachweises. Der sei vorläufig das Hauptziel.

Die Verammlung beschließt unter Ablehnung des Antrages Emmer nach dem Vorschlage des Ausschusses.

2. Der Magistrat erlaßt, zugestimmt, daß die dem Amtmann Wolter, hier, gehörigen, bestehend aus dem Gemeindefonds, von 19 Okt. 06 Nr. 84 Quadratmeter Größe zum Werte von 4500 Mark pro Hektar, von der Stadtgemeinde Halle a. S. erworben und die erforderlichen Mittel dem Submissionsgebot entnommen werden.

Herr Stm. Steinbrück erhebt Bedenken und beantragt, die Vorlage an den Ausschuss zurückzugeben, da sich neuerdings ein noch nicht geklärt Moment ergeben hat. Die Verammlung beschließt demgemäß.

3. Wie Herr Stm. Wumentritt darlegt, ist durch Vertrag vom 3. April 1907 dem Obhöfshändler Herman Böhm e, hier, dessen Nachlass, bestehend aus dem dem Hospital St. Cypriac und Antonii gehörigen Ackerplan 36 (Sandgrube am Goldberge) enthaltenen Sandes bis zum 31. März 1912 gegen einen jährlichen Pachtzins von 3500 M. verpachtet worden. Herr Böhm e ist außerdem verpflichtet, den Wehrbetrag der Kosten, bei der Herstellung des Aufwärtsmeges von Sandgrube mit Kopsteinpflaster gegenüber der gauweimartigen Herstellung verursacht hat, in Höhe von 312,23 M., zu vergüten und zu amortisieren. Sietz hat Herr Böhm e darüber Klage geführt, indem er der Grube nicht Sand zum Vorhanden ist, um die Hälfte für ihn nutzbringend zu gestalten. Er ist auch nie in der Lage gewesen, den vereinbarten Pachtzins pünktlich zu zahlen. In letzter Zeit hat zur Verbringung des Hospitals wiederholt die hinterlegte Sicherheit in Anspruch genommen werden müssen, die dadurch auf 467,84 M. Mark zusammengesunken ist. Mit der Auffüllung der Grube auf die vertragsmäßige Höhe von 3500 Mark ist Herr Böhm e seit Juli d. J. im Verzuge. Er hat nunmehr gebeten, ihm mit Rücksicht darauf, daß zu einer nutzbringenden Ausbeutung in der Grube brauchbarer Sand in genügender Menge nicht mehr vorhanden ist, mit dem 15. Oktober 1910 aus dem Pachtverhältnis zu entlassen und ihm einen Teil des Wertes der zum Ausbau des Aufwärtsmeges von ihm geleisteten Fuhren usw. zu erstatten. Nachträglich, unter dem 1. Oktober 1910, ist er noch nachsteigend geworden, ihm auch die bereits verbrauchte Kaution von vollen Betrage, d. i. 3500 M., zurückzugeben. Die Magistrat-Deputation, der Hospitalvorstand und der Magistrat haben sich davon überzeugt, daß zu einem gewinnbringenden Grubenbetriebe brauchbarer Sand in genügender Menge nicht mehr vorhanden ist und haben beschlossen, die Sandgrube mit diesem Tage aus dem Pachtverhältnis zu entlassen, ihm auch den noch zu tilgenden Betrag für die Pflasterung des Aufwärtsmeges von Sandgrube in Höhe von 282,37 M. Mark zu erstatten, dagegen die weitergehenden Ansprüche des Sandgrubenpächters Böhm e auf Rückzahlung der hinterlegten Sicherheit im vollen Betrage von 3500 M. Mark und auf Bezahlung seiner Zurechnungen zum Ausbau des Weges, abzugeben.

Die Verammlung stimmt zu.

4. Der Herrmann Herman Böhm e bittet wieder um Rückgabe der Kaution, welche er für Pachtung der Sandgrube am Goldberge hinterlegt hat, nachdem der Pachtvertrag aufgehoben worden ist. Er bittet ferner, ihm die Hälfte der von ihm für Instandhaltung des Weges aufgewandten, 4000 M. ihm betragenden Summe zu erstatten. Die Verammlung beschließt Überlegung zur Tagesordnung. (Ref. Herr Stm. Wumentritt.)

Punkt 5 fällt aus.

6. Infolge der fortgesetzten zunehmenden Gefahren für

Eintragungen und britischer Eifersucht flohe. Geweiht der Korrespondent. In seinem Leitartikel stellt der „Daily Chronicle“ dann die unbeantwortet gelassene Frage auf: Sollten denn die britischen und deutschen Staatsmänner nicht Mut und Weisheit genug, um eine sich auf das gesamte internationale Gebiet erstreckende Besatzungsbewilligung herbeizuführen? Darauf läßt sich vor allem erwidern, daß die unerkennbare Antipathie des britischen Ministers des Auswärtigen Grey gegen Deutschland in einer Linie ein schwer zu überwindendes Hindernis für die Herstellung eines deutsch-englischen Einvernehmens bilden würde, und daher die Aussicht auf den Erfolg eines in diesem Sinne angestellten Versuchs gering ist.

Die Reichsschulkommission.

In Jena ist gestern unter dem Vorsitz des Reichsdeputierten Dr. Reich und unter Teilnahme der Vertreter der Bundesregierungen die Reichs-Schulkommission zusammengetreten.

Es nahmen folgende Herren als Mitglieder teil: der Königlich preussische Wirkliche Geheimhe Oberregierungsrat und Weisungsbefehlshaber im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizin-Angelegenheiten Dr. Koopke, der Königl. bayerische Geh. Rat, ordentlicher Professor an der Technischen Hochschule in München, Professor Dr. Ritter von Erd, der Königl. sächsische Geheimhe Schulrat und vortragende Rat im Unterrichtsministerium Dr. Seeliger, der Ministerialdirektor im Königl. württembergischen Kultusministerium Dr. von Altheimer, der Großherzoglich hessische Geheimhe Ober-Schulrat von Knoke und der Schulrat für das höhere Schulwesen der Freien und Hansestadt Hamburg Professor Dr. Bruck. Die Kommission wird nach Beendigung ihrer Beratungen einige Schulausstellungen in verschiedenen Bundesstaaten besuchen.

Parlamentarisches.

Die erste Reichstagsatzung.

Die Tagesordnung der ersten Sitzung des Reichstages, die am Dienstag, den 22. November d. J., nachmittags 2 Uhr, stattfindet, wird jetzt amtlich bekanntgegeben. Sie lautet:

1. Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die durch die neue Strafprozessordnung veranlassenden Veränderungen des Gerichtskostengesetzes.
 2. Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend den Schutz des zur Anterlegung von Reichsbanknoten verwendeten Papiers gegen unbefugte Nachahmung.
 3. Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Befreiung von Tierdauern.
- Gleichzeitig sind die genannten Gesetzentwürfe dem Reichstage zugegangen. Jede der Vorlagen besteht nur aus wenigen Paragraphen.

Heer und Flotte.

Eine Ehrenjacht für den Kaiser?

Die „Danziger Zeitung“ schreibt: „In diesem Marinefreien ist, wie wir vernehmen, der Gedanke aufgefaßt, daß für den 15. Juni 1913 bevorstehende 25jährige Regierungsjubiläum unseres Kaisers durch eine dem Monarchen darzubietende besondere Stiftung des gesamten Volkes zu dauernder Erinnerung zu bringen. Man hält hierzu eine neue, entsprechend ausstattende Kaiserjacht — welche nicht wie die alljährlich aufwendende „Sobonjollen“ der Regimenterverwaltung gehören, sondern zur persönlichen Verfügung des Kaisers dienen soll — für besonders geeignet, gleichwie solche komfortable Jachten der König von England und der Kaiser von Rußland besitzen.“

Die Kosten des Baues und der Ausstattung würden durch eine freiwillige Nationalsubskription, an der sich jeder, wenn auch mit kleinem Betrage, beteiligen könne, ohne Schwierigkeit aufzubringen sein. Der Gedanke ist, wie gesagt, hier erst neuerdings aufgefaßt und bisher nur in engerem Kreise erörtert worden, hat also noch keineswegs feste Gestalt angenommen. Wir beschränken uns daher lediglich auf diese Wiederbera, annehmend, daß, falls er Anklang im deutschen Volke findet, er auch seinen weiteren Weg bald finden wird.“

Kleine politische Nachrichten.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt offiziell: Die „Wostische Zeitung“ gibt der Zufahrt eines hiesigen Notars Raum, nach welcher der Grundbuchrichter die Auflassung eines vom Reichsmarineamt an die Hof- und Untergundbahn verkauften Grundstücks erst vorgenommen habe, nachdem der Nachweis der Genehmigung des Verkaufes durch Reichstag und Bundesrat erfolgt sei. Die Mitteilung ist unrichtig. Der Grundbuchrichter hat die Auflassung am 27. Oktober 1910 nicht vorgenommen, weil er die Vorlegung einer Vollmacht oder eines Auftrags des Reichskanzlers an den Staatssekretär des Reichsmarineamtes zum Verkauf und zur Auflassung für erforderlich erachtete. Nachdem diese Bedenken durch Hinweis auf die Marine-Berandungsbefugnisse 1891 S. 37 Art. II und 1897 S. 169 beseitigt waren, ist die Auflassung und Eintragung der Käuferin als Eigentümerin unbeanstandet erfolgt.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kronprinz von Schweden mit Gemahlin und Kindern ist zu einem Besuche bei dem Kaiserpaar im Neuen Palais bei Potsdam eingetroffen. Die Herrschaften kamen Sonntag mittags mit dem Zuge um 12 Uhr 45 Min. auf Wildpark an; auf dem Bahnhof war der Kaiser mit der Prinzessin Viktoria Luise und den Prinzen Waldemar, Oskar und Joachim erschienen. Nach sehr herzlicher Bewillkommung geleitete der Kaiser seine Gäste im Automobil zum Neuen Palais. Zur Frühstückstafel waren auch die Kinder der abwesenden Prinzessin Friederich Leopoldin Herrschaften geladen. Am Abend fand bei dem Kaiserpaar eine Tafel statt, zu der u. a. die Herren und Damen der schwedischen Gesandtschaft eingeladen waren.

Der Kaiser nahm gestern vormittag im Neuen Palais bei Potsdam den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geheimen Rats von Valentini entgegen.

In der Nacht zum 19. September wurden in den Quader Steinbrüchen aus der Dynamitkammer neun Patronen, aus der Frühstücksstammer Biskuitrollen und 26 Flaschen Bier, aus der Arbeitsstammer eine Kasse Zündschnur nebst Messern und anderen Gerätschaften gestohlen. Die Zündschnur sämtlicher drei Patronen wog 380 Gramm. Auf dem Wege von Bebersdorf nach Ramlin entdeckte ein anderer Zeuge ein Gefährt, in dem ein Mann mehrere Patronen, die in Zwischenräumen einzeln in das Wagnisse gelegt waren, offenbar in Vorbereitung der Explosion hinwegführte; aber zum Glück waren die Patronen überholte, da der Betreffende sich nicht durch den Schmutz überlegen ließ, daß ihm die Patronen, die durch Regen nichts von ihrer Entzündbarkeit verlieren, nicht stark genug war. Ansonsten hätte die Wagnisse samt Inhalt in die Luft gesprengt werden können.

Als der freieschaffte Dieb wurde der schon mehrfach vorbestrafte 39jährige Gelegenheitsarbeiter Anton M a c h o w i a k ermittelte. Er trat in einem Saale den Ueberrest der gestohlenen Sachen bei sich. Er behauptete aber, den Saal von einem Kameraden in Verwendung erhalten zu haben; auch will er „um kleinen Preis“ die Patronen in die Fahrtrinne gelegt haben. Es wurde gegen ihn nur Anklage wegen des Einbruchdiebstahls, nicht auch wegen des verdächtigsten Anlasses erhoben. Die Strafkammer verurteilte ihn zu einem Jahre Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust.

Gestohlene Kleider.

Durch Entwendung von sechs Kleiderstücken, die er im September bei verschiedenen hiesigen Gastwirten und Kaufleuten hatte, brachte sich der schon drei mal vorbestrafte 39jährige Arbeiter Louis K u e p e r t von hier wieder auf ein Jahr und sechs Monate ins Gefängnis.

Beleidigung der Sächsischen Polizei.

Der Reaktor Otto K i e b u s t von hiesigen „Volkshaus“ wurde wegen Beleidigung der Sächsischen Polizeiverwaltung zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte in der „Volkshaus“ Nummer vom 30. Juni d. J. in einem Artikel unter der Überschrift: „Die tüchtige Sächsische Polizei“ gegen den Oberpostinspektor Wedemann und mehrere andere höhere Polizeibeamte die Bemerkung der Unachtsamkeit, Parteilichkeit, Schikanierung und Drangsalierung der hiesigen Arbeiterschaft erhoben.

In der Urteilsbegründung wurde gesagt, Kiebusch habe auch nicht in einem einzigen der von ihm vorgebrachten Fälle den Beweis zu führen vermocht, daß die hiesige Polizei in ihren von ihm getadelten Maßnahmen rechtsmäßig oder gar überhaupt rechtschaffen verfahren sei. Sie habe vielmehr in durchaus berechtigter Weise gehandelt und verdienet insonderheit den Vorwurf schändlichen Verhaltens ganz und gar nicht.

Als ein dem Leiter der hiesigen Arbeiterbewegung habe das Gericht indes dem Angeklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugänglich. In der Form aber sei er viel zu weit gegangen und habe unvertretenbar behauptet, mit seinem Artikel höhnen und herausfordernd zu wirken. Der Staatsanwalt batte fünf Monate Gefängnis beantragt mit der Begründung, der Artikel gehe darauf aus, daß gegen die hiesige Polizei zu erregen.

Schöffengericht.

Gefährliche „Geisteswahnheit“.

Der wegen Raubtots und Eigentumsverehrtes schon mehrfach mit Gefängnis und Zuchthaus vorbestrafte Sandoelmann Gustav G e n e r von hier hat sich heute wieder wegen eines toben Gefährlichen, begangen in der Penzlarstraße, zu verantworten. Zwei Polizeibeamte führten ihn in den Gerichtssaal und ließen ihm während der Verhandlung unangesehen zur Seite. Bekanntlich hat Genner nur einigen Monaten nach einer Strafammerverhandlung in der er wegen Fehlers zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde, dem Gerichtsdienst entschlüpft und hatte sich dann mehrere Tage lang verloren gehalten. Um die Polizei zu täuschen, hatte er am Sankteuler Kleidungsstücke niedergelegt mit der Intention, er wolle ins Wasser gehen. Er wurde aber in der Wohnung seiner Frau gefasst und munter vorgefunden. Seine Frau muß in den Zeiten seiner Freiheit die Sorge für seinen Lebensunterhalt tragen; er selbst liebt die Arbeit nicht.

Seine heutige scharfe Bemerkung hatte aber auch noch einen weiteren Grund. Genner war im Gefängnis auf den Einfall gekommen, sich für Geisteskrank auszugeben. Seiner Frau hatte er einen Kaffeebar ausstellen lassen, in dem er sie unter anderem anforderte, über seinen Geisteszustand und seine nervöse Ueberregung recht Ungünstiges auszusagen: „So ein Gedulme hilft viel, welche Wahn!“ Als er nun vor etwa acht Tagen wegen einer gefährlichen Körperverletzung, die er sich auf einem Jahrmarkt erlaubt hatte, vor das Schöffengericht gestellt wurde, markierte er den wilden Mann. Er erhob mehrmals die Anklage laut drohend gegen den Vorredenden, sprach dann über die Scharfe und füllte mit geballten Fäusten auf ihn los.

Als er endlich geschickt wurde, sagte er: „Macht mich nicht vornehm, müßlich, ich gebe mich für Geisteskrank. Bringt mich in die Krankenstalt und nicht ins Gefängnis!“ In seiner hiesigen Verhandlung wurde er zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einem Jahrmärktebesucher, mit dem er in der Spielbude seiner Frau eines Spielgewinns in Streit geraten war, mit einer Porzellannecke aus Gefäßglas mißhandelt hatte.

Auch in der heutigen Verhandlung berief Genner sich wieder auf geistige Anomalie. Zur Anklage stand folgender Ergeh: In der letzten Sitzungsperiode hatte Genner in Hart angetrunkenem Zustande zwei „Damen“, die in einer Drochse nur einem Hotel hielten, mit unbrüchlichen Anträgen belästigt. Die Schönen wollten nichts von ihm wissen, und schickten schließlich ihren Drochsenführer zu einem in der Nähe befindlichen Polizeiergebenen der Wille, er möge sie doch von dem unheimlichen Menschen befreien. Kaum trat der Beamte an Genner heran, als dieser auch schon die größten Schimpfwörter gegen ihn ausstieß. Der Sergeant wollte Mühe machen lassen, weil für die Sitzungsperiode die Polizeibeamten angewiesen zu werden pflegen, in der Zeit die sie zu versehen, als sonst. Er ermahnte den toben Beleidiger, vernünftig zu sein. Genner schimpfte aber nur noch heftiger und ließ drohend die Hände. Der Sergeant ließ ihn zurück, bei der Glanz kam Genner zu Fall, warfte los aber schnell wieder empor und schickte wieder auf den Beamten los. Dieser warf nur fest zu und schickte den Beleidiger ab. Auf dem Wege zur Wache schlug Genner dem Beamten den Helm vom Kopf, stellte ihm ein Bein und

hiefen und zu den veränderten Brunnenanlagen wieder gebrauchsfähig herzurichten.

4. Die Stadt Halle stellt in Aussicht, daß sie, falls durch die gegenwärtige Erweiterung des Wasserwerkes I innerhalb 15 Jahren nach Inbetriebnahme der Anlage erhebliche Beschädigung durch Wasserseignung, insbesondere beagl. der Verlorung von Planena mit Trinkwasser, verursacht werden sollten, in billiger Weise auf Abstellung der Mängel oder Schadloshaltung der Betroffenen Bedacht nehmen werde. Diesen Erläuterungen ist der Magistrat unter dem 28. Oktober 1910 genehmigend beigetreten.

Das Kollektiv tritt dem Beschl. bei.

13. Maurermeister Wilhelm Später will auf der von ihm erworbenen Baustelle an der Wilmshöfischen Ecke der Gellenius- und Königstr. ein Wohnhaus errichten. Für das Grundstück ist hinsichtlich der Erdberechnung von 3 Meter Schenkellänge festgelegt worden. Später bittet um Aufhebung dieser Erdberechnung und erklärt sich gleichzeitig bereit, die zu seinem Grundstück nach der festzulegenden neuen Grundstücklinie entfallenden Fläche von 4 1/2 Quadratmetern Größe zu dem als angemessen zu erachtenden Preise von 30 Mark pro Quadratmeter zu erwerben.

Die Vorlage wird angenommen. (Ref. Herr Stv. G y g a s.)

Zur Wohnungsgeldauskunftfrage

wird uns vom Halleischen Beamtenausschuß mitgeteilt, daß im Bundesrat Beschlüsse wegen arbeiterweiter Einreichung einzelner Städte in höhere Dienstklassen noch nicht gefast sind. Die Anträge der sächsischen Staatsregierung, Dresden und Leipzig in die Klasse A zu versetzen, sind dem Aussch. des Bundesrats zur Beratung überwiesen, also noch nicht endgültig entschieden. Die preußische Staatsregierung hat für die etwa in Betracht kommenden preußischen Orte noch keine Anträge gestellt. Alle in dieser Hinsicht verbreiteten Gerüchte aus über unsere Stadt sind daher unzutreffend. Hingegen haben unsere Herren Abgeordneten Reil und Dellus eine gemeinsame Eingabe an das Finanzministerium gerichtet, in welcher um Einreichung der Stadt Halle in die C-Klasse B ersucht wird.

Die Herbsttagungsankörungen der Geistlichen Beschäftigten sind mit dem königlichen Konfistorium der Provinz Sachsen gestellten Thema: „Wie sind die vom modernen Nihilismus empfangenen Motive und Ziele der Sittlichkeit zu beurteilen?“

Theater, Konzerte und Vorträge.

Ernst Zahn-Abend in der Literarischen Gesellschaft.

Gestern Abend las der beliebteste Schweizer Dichter Ernst Zahn in der Literarischen Gesellschaft vor einem großen Auditorium zwei längere Romane „Der Witter“ und „Der Tag der Verpönte“ vor. „Der Witter“ ist noch nicht erschienen. Der Dichter las aus dem Manuskript. Beide Romane zeichnen sich durch die reinen Natur- und Stimmungsbilder aus und erwehren durch die liebsten Feinheiten der Erzählweise. Beides Meisterwerke, die in bestmöglichster Form gemalt sind. Die Dichtungen wurden mit herzlichem Beifall aufgenommen.

Vereins- und Versammlungsnachrichten.

Der Verein zur Förderung des Fortbildungsschulwesens hält am Mittwoch, den 9. B., abends 8 1/2 Uhr im Augustinerbräu (Wiltstr.) eine außerordentliche Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht des Herrn G. Müller über den Vortrag „Volkss- und Fortbildungsschule in ihren gegenseitigen Beziehungen“ von Brettern. 2. Bericht des Herrn Direktors Körnle über den deutschen Fortbildungszustand in Preußen. 3. Antrag des Vorstandes auf Auflösung des Vereins an die Oberbehörde.

Der Zweigverein Halle a. S. des Bundes Deutscher Militär- anwärter (gegr. 1896) hält seine Monatsversammlung am Sonntag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr im Sankteuler-Restaurant, Poststr. 5, ab. Militär-Anwärter als Gäste sind willkommen.

Theater und Musik.

Fritz Reuter-Gedächtnisfeier im Stadt-Theater.

Wenn auch Fritz Reuter kein Dramatiker ist, niemals ein wertvolles Drama geschaffen hat, so sind doch seine Gestalten von hoch lebendiger Kraft, daß sie sehr wohl über die Bühne schreiten, das sei auch Fritz Reuter die Worten des Theaters öffnen können. Das hat die Leitung unseres Stadttheaters durchaus richtig erkannt und wir müssen ihr danken, daß sie dem großen Dichter, der den Menschen mit seinem gutbedenkten, allzuvernünftigen Humor soviel sein kann, einen Abend geweiht hat. Das Drama „Adamskische Weltunterwelt“ leitete den Abend ein. Alfred Eismann dirigierte sie prächtig und lebendig.

Dann folgte die Vorrede. Da stand der alte Reuter, den Namen amrahmt, so wie wir ihn kennen, mit seinem milden, freundlichen Gesicht. Hinter ihm lagte die Wartburg weit hinein ins grüne Thüringer Land. Und zu dem Alten trat ein junger deutscher Student. Schwarzrot-golden umschlang das Band seine Brust. Er grüßte den alten Kameraden, der, er einleit der Freiheit zugehört, der seinen mußte für seine Ideale und dem doch nichts das Leben raubten konnte. Walter Sieg sprach begeistert diesen heldigedachten Prolog.

Als Festspiel gab man „Dank E. Bräutig“, von Th. Grafmann und F. Krüger bearbeitet. Es hat uns den ganzen Reuter gezeigt, den lachenden, wie wir ihn zuerst kennen, aber auch den ersten, in seiner Wahrheit erschütternden Reuter. Georg Thies hatte die Regie übernommen. Er stellte selbst den prächtigsten Beifall auf die Bühne.

Von allen wurde sehr laut und munter gefeiert. Auf das Stück und die Darstellung kommen wir später ausführlich zurück.

Das Haus war sehr gut besetzt. Die Wille in der Vorrede und der Bühne frühliche Beiterkeit aus. Man spendete reichen, jubelnden Beifall. h. w.

Menschen und Tiere im Straßengebiet häufiger Stadt, wie die elektrischen Straßenbahnen, die Kraftfahrzeuge, die Kleiner, Fußwege, Raßfahrer um hervorzurufen, sowie die dabei vorkommenden Tierunfällen, haben interessierte Vereine, Pferdebesitzer und Pferdehelfer die

Errichtung einer Fahrstraße

in Aussicht genommen. Diese soll als einträglicher Verein begründet werden. Es sollen in der Fahrstraße fünfzehn Jahre hindurch und Pferdewärter eine gründliche praktische Ausbildung für ihren Beruf erhalten. Vor und Erörterung der Fahrstraße ist eine Umfrage bei den Pferdebesitzern der beteiligten Kreise (Stadtst. Halle, Saalkreis, Mansfelder Gegend, Merseburg, Bitterfeld) notwendig, um das Maß der Beteiligung und die Lebensfähigkeit des Vereins festzustellen. Die Kosten dieser Umfrage sind durch den Kreisrat der beteiligten Kreise zu tragen. Die Interessenten finden an den Magistrat mit der Bitte herangetreten, diese Kosten aus städtischen Mitteln zu bewilligen.

Der Magistrat hat mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Vorhaben beschlossen, die 300 Mark auf den gemeinschaftlichen Dispositionsfonds — Rap. XX Nr. 11 des Hauptkassens — zu übernehmen.

Die Versammlung lehnt jedoch einstweilen ab. (Ref. Herr Stv. G y g a s.)

7. Der Magistrat beantragt, zusammen, daß der zurzeit an den Buchhändler Herrn K u l t a m e r s vermietete Laden im W a g e g e b u d e auf die Zeit vom 1. Oktober 1911 bis dahin 1917 unter den bisherigen Bedingungen an den Genannten weiter vermietet wird. Der Mietzins erhöht sich um 100 Mark jährlich also auf 1850 Mk. jährlich. Die Versammlung gibt ihre Zustimmung. (Ref. Herr Stv. G y g a s.)

8. Durch Gemeindecyklus vom 17. Juni 1897 sind für die Brüderstraße Grundstücke festgelegt worden, die teilweise von den für die einzelnen Grundstücke bestehenden Bauverordnungen abweichen. Aus hiebenden Gründen empfiehlt sich die Aufhebung dieser Grundstücke, soweit von ihnen die Grundfläche der Brüderstraße Nr. 3-7 (einstfl.), 8, 9 und 13-15 (einstfl.) betroffen werden, einfl. der für die Grundstücke Nr. 7 und 8 festgelegten Erdberechnungen. Die Aufhebung der letzteren bedingt eine gleichzeitige Verlangern der Grundlinien für diese beiden Grundstücke an der Hauptstraße Kleine Steinstraße.

Die Stadtverordneten erklären sich damit einverstanden. (Ref. Herr Stv. G y g a s.)

9. Der am 1. Januar 1911 erfolgende Uebergang der hiesigen Straßenbahn in städtisches Eigentum hat bereits von diesem Termine ab die Aufstellung eines Haushaltsplanes für den neuen Betrieb notwendig gemacht. Es ist jedoch oportunit erschienen, diesen Etat nicht nur für das letzte Quartal des laufenden Rechnungsjahres, sondern zugleich mit für das folgende Rechnungsjahr, also auf 1 1/2 Jahr, festzusetzen. Der Magistrat beantragt in Uebereinstimmung mit der Straßbahndirektion, dieses Verfahren aufzuheben und demgemäß für die Zeit vom 1. Januar 1911 bis 31. März 1912 den Haushaltsplan der hiesigen Straßenbahn in Einzelne und Abschnitte auf 171 400 Mark festzusetzen zu lassen. Der Magistrat hat diesem Antrag die Bemerkung beigefügt, daß für diese Vorlage folgen werde, welche die Abänderung der bestehenden

Beförderungspreise

und namentlich die Einführung des einheitlichen 10-Pfg.-Tarifs und günstiger Abkommensbedingungen zum Zweck habe, daß er jedoch von der Maßnahme keine nachteilige Einwirkung auf die Fahrgehalt-Einnahme erwarte und es deshalb für unbedenklich halte, unabhängig von ihr den Etat festzusetzen. Dagegen wurde gleichwohl mit diesem dem Eisenlandts auszusprechen sein, daß die in ihm vorgezeichnete Minderentlastung vom 1. Januar n. X. ab neu gegründet wird. Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. G y g a s.)

10. Vom 1. April 1911 ab soll für das Bureau II eine neue Minderentlastung und drei neue Bureauhelferstellen gerichtet werden. Die Befegung der drei Bureauhelferstellen wird erst dann erfolgen, wenn die Aufwendungen für drei Diätäre gemessen. (Ref. Herr Stv. S p r i n g e r.)

11. Hofrat Florian G r o ß, hier, beabsichtigt, die alten Bauhelfer auf seinem Grundstück Gr. Wiltstr. 48 niederlegen zu lassen und dafür einen Neubau in der planmäßigen Grundstücklinie zu errichten. Nach dieser entfällt eine Fläche von 6 Quadratmeter Größe aus der Straße zum Grundstück und von letzterem eine ca. 1 Quadratmeter große Parzelle zur Straße. Herr G r o ß hat sich bereit erklärt, Fläche gegen Fläche auszuweichen und der Stadtgemeinde für das Mehr des zum Grundstück entfallenden Landes den von der Stadt geforderten Preis von 100 Mark pro Quadratmeter zu zahlen. Die Vorlage wird angenommen. (Ref. Herr Stv. G y g a s.)

Sicherung unseres Wassergewinnungsgebietes.

Herr G r e ß e r trägt folgende Vorlage vor: In dem Termine, welchen der Herr Regierungsräsident v. G e s d e r s am 27. September 1910 zu Planena zur Erörterung des Antrags der Stadt Halle a. S. auf Verleihung des Enteignungsrechts beagl. mehrere bei dem Wasserwerk I zu Wesen besessenen Flächen abgehandelt hat, hat Herr Oberbürgermeister K i w e namens der Stadt folgende Erklärung abgegeben:

1. Die Stadt Halle beantragt, die landespolizeiliche Genehmigung zur Erweiterung der Wassergewinnungsanlage in der Aue bei Wesen vom 3. Juli 1909 dahin abzuändern, daß um die sämtlichen neuen Brunnenanlagen ein Schutzgebiet von 8 Metern Radius eingerichtet wird, welches nicht bebaut, bebüht oder beweidet werden darf sowie eine weitere Schutzzone von 100 Metern Breite, innerhalb welcher die Errichtung von Wohn- und Stallgebäuden sowie jede Durchschlagung der bestehenden Lehmwände ausgeschlossen sein und zu letzterem Zwecke Auszuegelungen und Anlage von Gräben, Gruben und dergleichen verboten sein sollen.

2. Für den Fall, daß dem Antrage zu 1 stattgegeben wird, beantragt die Stadt Halle den am 17. Juni 1909 gegebenen Antrag auf Verleihung des Enteignungsrechts auf diejenigen Flächen ein, welche zur Einrichtung der Schutzgebiete von 8-100 Meter im Umkreise um die neuen Brunnen erforderlich sind, soweit diese sich nicht bereits im Eigentum der Stadt befinden. Die Gesamtgröße der hiermit zu enteignenden Flächen beträgt nach Angabe des Herrn Oberbürgermeisters W i k e etwa 27 Hektar.

3. Die Stadt Halle a. S. verpflichtet sich, die in Planena vorhandenen Brunnen a. S. Sicherung ihrer Ergiebigkeit bis zu der in einer Tiefe von etwa 7 bis 9 Metern unter der Erdoberfläche verlaufenden undurchlässigen Schicht zu ver-

